Zeitschrift: The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK

Herausgeber: Federation of Swiss Societies in the United Kingdom

Band: - (1941)

Heft: 994

Artikel: Ein "zweites 1918"

Autor: Büchi, H.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-690931

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

guerre, quand l'économie, mise au service de la fabrication des armes, devra se consacrer de nouveau à des œuvres pacifiques. Pour mesurer la réalité de ce danger, il faut se souvenir des cruelles expériences des années 1919 à 1921. Ici également, nos autorités veulent se montrer prévoyantes. C'est pourquoi elles mettent dès maintenant en réserve des sommes importantes, pour créer éventuellement des possibilités de travail et pour venir directement en aide aux victimes du chômage. A cet effet, elles ont fait appel aux caisses de compensation qui versent des indemnités aux soldats qui ont perdu leur salaire pendant leur présence sous les drapeaux. Ces caisses sont alimentées par un prélèvement de 4% sur tous les salaires payés dans le pays, prélèvement qui est supporté par parts égales par les employés et les employeurs, ainsi que par des versements des caisses publiques. Maintenant que la situation internationale a permis de réduire les effectifs de nos troupes et les dépenses de ces institutions, elles font du bénéfice. On leur maintient leurs ressources, mais celles-ci seront consacrées à la lutte contre le chômage qui nous épargne encore, mais dont nous avons de bonnes raisons de craindre qu'il ne se manifeste bientôt.

Il aura fallu le danger extérieur et les difficultés économiques actuelles, pour que la solidarité, forme moderne de la charité chrétienne, dispense ainsi ses inappréciables bienfaits. En dépit de la guerre, à cause d'elle sans doute, parce que nous sommes reconnaissants d'avoir échappé à ses horreurs, nous perfectionnons nos institutions sociales. Et c'est un trait de lumière dans notre ciel chargé de lourds nuages.

Pierre Béguin.

THE ALIENS (FORMER BRITISH SUBJECTS) ORDER 1941.

We wish to remind our Readers that the British born wives of Aliens should register with the Aliens Registration Office at Vine Street Police Station. By so doing they will receive a certificate which will exempt them from all restrictions imposed under the Aliens Movement Restriction and Protected Areas Order.

The following is a copy of the exemption Certificate ALIENS (Former BRITISH SUBJECTS) ORDER 1941.

The holder of this certificate is exempt from :—

(1) the car and cycle, curfew, and absence from registered address, etc., restrictions of the Aliens (Momement Restriction) (Order 1940 (Articles 1, 2 and 3).

(2) the requirement applicable to wives of members of H. M. Forces or the Allied Forces, to report before, during, and on return from absence from registered address. Aliens (Movement Restriction) Order, 1941.

(3) the restriction on possession or control of wireless receiving apparatus (Aliens (Wireless Apparatus Restriction) Order, 1940).

(4) the requirement to obtain permission from the Ministry of Labour and National Service before taking employment (Alien Employment Order, 17.11.1939).

(5) The Aliens Protected Areas Orders.

In making the above application two passport photos, the Identity Book and the National Registration Card have to be produced.

EIN "ZWEITES 1918"?

Von Dr. H. Büchi, Basel.

Am Ende des Weltkriegs 1914/18 stand die Schweiz im Zeichen eines revolutionären Generalstreiks. Die damalige klassenkämpferische sozialdemokratische Partei, beziehungsweise ihre Leitung, suchte die Atmosphäre des Zusammenbruchs der Zentralmächte auszunützen, um durch einen revolutionären Gewaltstreich das bürgerliche Regime zu Gunsten einer linksgerichteten Arbeiterregierung zu verdrängen. Der Versuch ist bekanntlich gescheitert, womit die Kontinuität der schweizerischen Entwicklung gewahrt wurde.

Vor kurzem ist in der schweizerischen Presse die Frage aufgestellt und diskutiert worden, ob auf das Ende des neuen Weltkriegs ein "zweites 1918" zu erwarten sei, also eine neue revolutionäre Bewegung als Folge sozialer Spannungen. Es ist charakteristisch, dass diese Frage im heutigen Moment aufgeworfen wurde, ebenso charakteristisch aber, dass die Frage allgemein sofort negativ beantwortet wurde.

Unleugbar hat nämlich die bisherige wirtschaftlich-soziale Entwicklung zu einer gewissen innerpolitischen Spannung geführt. Aeusserlich trat sie zu Tage anlässlich der Herbstsession des eidgenössischen Parlaments und namentlich in den anschliessenden Kundgebungen der schweizerischen sozialistischen Partei, die unter dem Stichwort standen: "Es ist zuviel!" — Die Kundgebungen waren eine Protestaktion der Sozialisten gegen die Teuerung, die heute 30 Prozent erreicht hat, resp. gegen die Teuerungspolitik der Landesregierung, des Bundesrates. Die sozialistische Presse schlug zunächst scharfe Töne gegen "die Machtpolitik des Bundesrates und der herrschenden Parteien" an, und der Rückfall in klassenkämpferische Töne war nicht zu verkennen. Dagegen verliefen die öffentlichen Kundgebungen dann ziemlich massvoll und endigten mit Petitionen an den Bundesrat oder gar mit dem Appell zu vermehrtem Beitritt in die sozialistische Partei.

Zweifellos stand die sozialistische Demonstration im Dienste partei politischer Absichten. Es galt insbesondere Stimmung für die kommende eidgenössische Abstimmung vom 25. Januar 1942 über die sozialistische Initiative betreffend Volkswahl des Bundesrates und Erhöhung der Sitzzahl des Bundesrates von 7 auf 9 zu machen. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als der bisherigen Oppositionspartei, eben den Sozialisten, den Eintritt in die oberste Landesbehörde zu ermöglichen, nachdem bisher alle Versuche gescheitert waren. Ausserdem bildet diese parteipolitische Agitation ein Gegengewicht zu der regen Tätigkeit der radikalen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie und gegenüber den Erfolgen des Landesrings der Unabhängigen, die in der verstärkten Oppositionsstellung gegenüber den regierenden Parteien in einer Reihe von Kantonen errungen wurden.

Wesentlich aber im schweizerischen Gesamtbild ist, dass damit die sozialistische Partei wieder deutlich in die Opposition rückt und die innere Front, die sich seit Kriegsbeginn gebildet hatte, zum mindesten stark aufgelockert wird. Es war die besondere Erscheinung dieser zweiten Weltkriegszeit, dass die Parteien näher aneinanderrückten und für alle die gemeinsame Sorge für Landesverteidigung und Landesversorgung im

Vordergrund stand. Parteikampf und Parteigezänk waren im Angesicht des furchtbaren Weltgeschehens und der die Schweiz bedrohenden äussern Gefahren ganz zurückgetreten. In den wichtigsten Kantonen hatte es sogar nicht bloss einen Burgfrieden zwischen den Sozialisten und den Regierungsparteien gegeben, sondern eigentliche Arbeitsgemeinschaften und Zusammenarbeit zur Lösung der drängenden Tagesfragen. Umsomehr musste das abrupte Verlassen der gemeinsamen Plattform durch die Sozialisten überraschen.

Zweifellos liegen dieser wenig erfreulichen Wendung in einem Land, das noch mitten in den Gefahren drinsteht, gewisse reale Erscheinungen und Tatsachen zu Grunde. Vor allem ist durch die grosse Teuerung eine deutliche Verschiebung des Volkseinkommens eingetreten, insbesondere zu Gunsten der Landwirtschaft und zu Ungunsten der Lohnarbeiterschaft und der Konsumenten überhaupt. Ein gewisser Gegensatz zwischen Stadt und Land, der schon die Verhältnisse der letzten Kriegsaera kennzeichnete, ist auch heute wieder eingetreten. Er trat namentlich im kürzlich ausgefochtenen Kampf um eine neue Milchpreiserhöhung zu Tage. In den städtisch-industriellen Kreisen — nicht etwa bloss bei den Sozialisten — bekam man den Eindruck, dass der Bundesrat gegenüber der Preispolitik der Bauernverbände zu wenig Energie zeige und die Konsumentenschaft benachteilige. Die Bauern ihrerseits, die für den Mehranbau gewaltig vermehrte Arbeit zu leisten hatten, wollen entschädigt sein und beklagen sich über das geringe Verständnis, das die Stadtbevölkerung für die landwirtschaftlichen Forderungen aufbringt. Preiskontrolle und Bundesrat haben sich mehr auf die Seite der Produzenten gestellt, wohl nicht zum wenigsten aus dem primären Grund, um in kritischer Zeit auch durch Konzessionen auf der Preisseite die einheimische Produktion zu steigern. Denn je schwieriger sich der Import gestaltet, desto mehr steigt die Bedeutung des Ertrages aus dem eigenen Boden.

Es handelt sich also effektiv um vorhandene soziale Spannungen, nicht bloss um Parteipolitik. Trotzdem erscheint es bei näherer Betrachtung als völlig abwegig von der Gefahr eines "neuen 1918" zu reden. Mit Recht ist in der Presse auf die wesentlichen Unterschiede aufmerksam gemacht worden, die unsere heutige Situation gegenüber derjenigen in der ersten Weltkriegszeit charakterisieren. Damals war unser Volk in der entscheidenden Frage der Landesverteidigung uneinig und zerrissen. Heute ist die Einigkeit und Geschlossenheit in dieser Richtung vollkommen. Damals trennte ein gefährlicher "Graben" die deutsche und die welsche Schweiz mit politischen Explosionen, Zwischenfällen, politischen und militärischen Affären am laufenden Band. Heute gibt es nichts derartiges. Damals gab es grosse wirtschaftliche und soziale Gegensätze. Heute ist der Arbeitsfrieden von allen Seiten als wertvollstes Gut anerkannt und vor allem durch das grösste Sozialwerk dieser Kriegszeit, die Lohnausgleichskassen, wirksam unterbaut.

Aber auch soweit durch die Teuerung und die ungleiche Position von Produzent und Konsument wirtschaftlich-soziale Spannungen recht unerfreulicher Art entstanden sind, steht der Vergleich mit 1918 zu Gunsten unserer Situation. Das soziale Gewissen, geschärft noch durch die Erinnerung an 1918, ist heute viel wacher. Die Aufgabe, einer Verschärfung oder gar Explosion vorhandener Spannungen vorzubeugen, ist von den massgebenden Behörden und politischen Parteien durchaus anerkannt. Das zeigt insbesondere die Reihe der sozialen Massnahmen, welche der Bundesrat in Erfüllung seines vor dem Parlament entwickelten Programms an Hand genommen hat oder in Aussicht hat. Appell an die Arbeitgeberschaft zur generellen Lohnerhöhung um 10-15%; Notstandsaktionen für Minderbemittelte, an die der Bund den Kantonen ein Drittel der Kosten ausrichtet; Ausdehnung des Lohnausgleichs für Wehrmänner auch auf das Gebiet der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenfürsorge im Fall der Arbeitslosigkeit wegen Rohstoffmangel oder nach Kriegsende, wozu noch eine Anzahl weiterer Massnahmen für Greise, Witwen, Waisen, ältere Arbeitslose, kleine Rentner usw. kommt. Der Sinn all' dieser Sozialhilfe ist die Ausdehung und Erhöhung der öffentlichen Unterstützung auf Personen, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten oder die durch die Teuerung hilfsbedürftig geworden sind.

Der Bundesrat hat der individuellen Hilfe, vermittelt durch die Kantone, Gemeinden, Verbände, Stiftungen, die dieses Gebiet kennen, den Vorzug gegeben gegenüber der finanziell bedenklichen Forderung der Sozialisten, der Bund möge einfach die Kosten der Milch- und Milchproduktenpreiserhöhung übernehmen. Bei der gewaltigen Last, die der öffentlichen Finanz die militärische Landesverteidigung und die Landesversorgung aufbürden — fast 4 Milliarden Franken bis Ende 1941 — würde die Uebernahme der Teuerung durch die Eidgenossenschaft — auf das käme es in der Folge hinaus — eine unzeifelhafte Ueberbelastung bedeuten. Bereits hat der Bund, um die Brot- und Futtermittelpreise niedrig zu halten, jährlich mit über 100 Millionen Fr. Zuschuss zu rechnen. Ein Weitergehen auf dieser Bahn wäre nicht tragbar.

Dabei bedeuten die Aufwendungen, welche der Bundesrat macht oder in Aussicht nimmt, finanziell zunächst weit mehr als die blosse Uebernahme der Milchpreiserhöhung durch den Bund, und sie kommen statt allen, auch den Wohlhabenden Kreisen, nur den wirklich Minderbemittelten zugut. Wesentlich aber ist vor allem die deutliche Absicht, die diese Sozialmassnahmen erkennen lassen, im Sinne des sozialen Ausgleichs und der Entspannung zu wirken und der Aufstauung von Unzufriedenheit und der Not vorzubeugen.

Und endlich kommt ein Letztes: Das Schweizervolk ist sich instinktiv der fortgesetzt gefahrvollen Lage, in der sich das Land auch ohne direkte militärische Bedrohung befindet, bewusst, ebenso der Gefahr bei inneren Spaltungen. Es hat auch genügend Erfahrung und ein genügend hohes Bildungsniveau, um die nötige Einsicht für die Ursachen der Teuerung aufzubringen, die in der grossen Hauptsache der schweizerischen Einwirkung entzogen sind. Und es erkennt in seiner erdrückenden Mehrheit — auch wenn gern und etwas zu leicht geschimpft wird — dass die Schweiz in Europa in einer Vorzugsstellung ist, die durch innern Hader gefährdet wird.

Darum dürfte jenes Blatt Recht behalten, das davor warnte, die Dinge ohne Not zu "dramatisieren." Von einem "zweiten 1918" zu reden, dient heute nicht als Warnung, sondern wirkt angesichts der schweizerischen Vorzugstellung geradezu frivol.